

Finanzämter: Kritik an Arbeitsbedingungen, viele Stellen unbesetzt, Abgänge verdoppelt

Die Studie der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DStG) in den Finanzämtern in Rheinland-Pfalz kommt zu alarmierenden Ergebnissen. So dachten im vergangenen Jahr 63,9 Prozent der Befragten mehrfach darüber nach, die Finanzverwaltung zu verlassen. Nun zeigt die Anfrage des Landtagsabgeordneten Andreas Hartenfels (BSW) an die Landesregierung, dass sich die Abgänge innerhalb von neun Jahren verdoppelt haben. Hartenfels erklärt: „Die Studie der DStG und meine Anfrage senden deutliche Warnsignale. Nach der Wahl muss die neue Regierung die Arbeitsbedingungen in den Finanzämtern dringend verbessern, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes zu sichern.“

Die Studie zeigt, dass im Vergleich zu allen Behörden und Berufen die Zufriedenheit der Beschäftigten in den Finanzämtern deutlich geringer, die Wechselneigung deutlich höher ist. Als Hauptgründe wurden unzureichende Bezahlung und Wertschätzung, mangelnde berufliche Entwicklungsmöglichkeiten sowie eine hohe Arbeitsbelastung, bedingt durch wachsende Anforderungen und Personalmangel, genannt. Beim Zustand der Gebäude und EDV sehen die Beschäftigten ebenfalls Verbesserungspotenzial.

Aus der Antwort der Regierung auf die Anfrage des BSW-Abgeordneten geht hervor, dass sich von 2017 bis 2025 die Zahl der Beschäftigten verdoppelt hat, die von der Landesfinanzverwaltung zu einer anderen Verwaltung oder in die Privatwirtschaft wechselten, im letzten Jahr 98 Beschäftigte. Darunter stellen die unter 30-Jährigen die größte Altersgruppe mit 61,2 Prozent, danach die 30- bis 39-Jährigen mit 23,5 Prozent.

Von 6.933 Vollzeitstellen sind in der Landesfinanzverwaltung 555,8 unbesetzt, wobei nach Angaben der Regierung „es die Praxis der Personal- und Stellenbewirtschaftung erforderlich macht, dass ein gewisser Anteil der Planstellen und Stellen strukturell unbesetzt bleibt.“ Verschärfend kommt hinzu, dass die Zahl der Absolventen der Schule und Hochschule der Finanzverwaltung in Edenkoben die Abgänge aus Wechsel- und Altersgründen nicht ausgleicht. Hartenfels weiter: „Bezeichnend ist, dass die noch amtierende Ampel-Regierung beim Handlungsbedarf weder auf die Bezahlung und Arbeitsbelastung der Beschäftigten, noch auf den Zustand der Gebäude und der EDV eingeht. Wertschätzung sieht anders aus!“

Link zur DStG-Studie: <https://dstg-rlp.de/content/aktuelles/umfrage-zur-zufriedenheit/>

Weitere Mitteilungen unter www.andreas-hartenfels.de

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

Bündnis Sahra Wagenknecht